

Unverbindliche Ideenskizze zur Konsultation der Zivilgesellschaft (Beteiligungsphase 1)

Diese Ideenskizze stellt eine unverbindliche Sammlung, jedoch keine inhaltliche Festlegung von Eckpunkten eines 3. NAP dar¹.

Nr.	Titel	Wer	Was
1	Informationssystem über Genehmigungsverfahren für große Infrastrukturvorhaben (ISGI)	BMVI	ISGI (Arbeitstitel) Einrichtung und Pflege eines kartenbasierten Dashboards zu den Genehmigungsverfahren großer Infrastrukturvorhaben zum Monitoring der Verfahrensdauern inkl. Vorbereitung, des Umfangs der Antragsunterlagen, der Anzahl und Gründe für Widersprüche und Klagen, etc. Das Vorhaben dient der Schaffung von Transparenz zu den Rahmenbedingungen für Infrastrukturplanungen und Grundlagen für deren Verbesserung.
2	Gaming als Gesprächsplattform für Außenpolitik	AA	Über Gaming werden außenpolitische Themen zu Spielinhalten diskutiert. Ziel ist die Entwicklung innovativer Kommunikationsformate und die Erschließung neuer Zielgruppen für Politikkommunikation. Dazu gehören beispielsweise „Let’s-Play-Formate“, in denen auf dem Streamingportal Twitch.tv über Außenpolitik diskutiert wird. 2021 wird eine erste GameJam stattfinden, in der – vergleichbar mit einem Hackathon – politische Themen in Computerspielen aufbereitet werden. Der thematische Fokus soll 2021 auf nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte gelegt werden.
3	Konsultationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit	AA	Vierteljährlicher fachlicher und strategischer Austausch mit der Zivilgesellschaft begleitet die Umsetzung des 3. Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Zur Halbzeit des Aktionsplans ist ein Workshop mit Ressorts und Zivilgesellschaft geplant, um den Fortschritt des Aktionsplans anhand der Indikatoren zu besprechen.

¹ Die Sammlung dient der breiten Ideenfindung. Bei der Festlegung eines Maßnahmenprogramms sind auch die verfügbaren Ressourcen der jeweils fachpolitisch verantwortlichen Ressorts, die diese Maßnahme aus ihrem bestehenden Budget finanzieren, zu berücksichtigen.

Nr.	Titel	Wer	Was
4	PREVIEW meets Science - neue Lösungen für die quantitative Krisenfrüherkennung und ein modernes Informationsmanagement im außenpolitischen Raum identifizieren	AA	PREVIEW wird im Rahmen der Weiterentwicklung seines Produkt- und Dienstleistungsportfolios weiterhin den engen Kontakt zu interessierten Partnern aus Zivilgesellschaft und Forschung suchen und sich dazu im Rahmen von Workshops, Science Labs und Hackathons austauschen.
5	Künstliche Intelligenz (KI) im Politischen Archiv	AA	Anwendung von Künstlicher Intelligenz auf Massendaten zur Diplomatiegeschichte mit dem Ziel der Qualitätssteigerung von Auskünften für Bürgerinnen und Bürger, für die Wissenschaft und die Verwaltung.
6	„AutoCheck - Handlungsanleitung für den Umgang mit Automatisierten Entscheidungssystemen für Antidiskriminierungsberatungsstellen“ (Zuwendungsprojekt Algorithm Watch gGmbH)	BMFSFJ / Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)	Der „AutoCheck“ wird Mitarbeiter*innen von Antidiskriminierungsberatungsstellen in die Lage versetzen, das Diskriminierungspotential im Bereich Güter und Dienstleistungen, welches durch algorithmische Systeme entsteht, besser zu verstehen, konkrete Fälle derartiger Diskriminierung zu erkennen und zu bekämpfen. Hierfür werden eine Übersicht von Fallbeispielen zu Diskriminierung durch algorithmische Systeme im Bereich Güter und Dienstleistungen in Deutschland erarbeitet sowie Handlungsanleitungen entwickelt, wie Diskriminierungen in diesem Bereich besser erkannt werden können. Darauf aufbauend werden eine Handreichung für kommunale und zivilgesellschaftliche Beratungsstellen als auch für potentiell Betroffene sowie ein Train-the-Trainer-Konzept, mit dessen Hilfe Mitarbeiter*innen von Antidiskriminierungsberatungsstellen für das Thema sensibilisiert werden sollen, erstellt. Handreichung und Train-the-Trainer-Konzept sollen auch von der ADS, Landesantidiskriminierungsstellen und der Zivilgesellschaft genutzt werden.
7	Aktualisierung des Grundsatzpapiers des BMBF zur Partizipation	BMBF	Im Jahr 2016 hat das BMBF ein Grundsatzpapier Partizipation entwickelt. Dieses fasst Leitlinien der Bürgerbeteiligung sowie die wesentlichen Partizipationsprozesse im BMBF zusammen und führt die Typologie der Partizipation im Bereich Forschung ein. Innerhalb der letzten Jahre haben sich in diesem Bereich neue Fragestellungen, Herausforderungen und Beteiligungspraktiken ergeben, die eine Weiterentwicklung und Vertiefung des Grundsatzpapiers erforderlich machen.

Nr.	Titel	Wer	Was
			<p>Vor diesem Hintergrund wurden im August und September 2020 Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Zivilgesellschaft und Politik eingeladen, konkrete Fragestellungen zu erörtern. Die Ergebnisse dieser Online-Konsultation dienen dem BMBF als Basis zur Erarbeitung eines Grünbuchs im Jahr 2021. Die Erstellung des Weißbuchs mit Empfehlungen zur Stärkung von Partizipation im Bereich Forschung wird unter Bürgerbeteiligung parallel zum Wissenschaftsjahr 2022 - Nachgefragt! Meine Frage für die Wissenschaft (Arbeitstitel) erfolgen.</p>
8	Umsetzungsprozess „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE)	BMBF	<p>Im Rahmen der Umsetzung der UNESCO-Weltprogramme für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) hat die Bundesregierung unter der Federführung des BMBF einen breiten, partizipativen Multi-Stakeholder-Prozess eingerichtet mit dem Ziel, BNE in allen Bereichen des Bildungssystems strukturell zu verankern. 2017 wurde der Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) von der Nationalen Plattform beschlossen, den auch die breite Öffentlichkeit in einer Online-Konsultation mitgestaltete (130 kurz-, mittel- und langfristige Ziele und 349 Handlungsempfehlungen für alle Bildungsbereiche). Gemeinsam beteiligen sich mehr als 300 Organisationen und Institutionen an diesem Prozess im Rahmen von verschiedenen Gremien. Durch die Förderung des Jugendforums youpaN wird auch die aktive Beteiligung von jungen Menschen gewährleistet. Darüber hinaus werden erfolgreiche Praxisbeispiele gezielt gefördert, vorbildliche BNE-Initiativen ausgezeichnet und Forschung zu einzelnen Fragen unterstützt. Für die Konsultation im Rahmen des OGP-Aktionsplans: Was wäre über diese Maßnahmen hinaus nötig und sinnvoll, um die Bekanntheit und Verbreitung von BNE im Bildungssystem voranzubringen? Beispiel: Formulierung von Handlungsempfehlungen zum neuen UNESCO-Programm „BNE 2030“ durch die Zivilgesellschaft im Rahmen eines breiten Konsultationsprozesses? Aktion „Mein Commitment für BNE 2030“?</p>
9	Umwelt- und Naturschutzinformationssystem Deutschland (UNIS-D)	BMU / Umweltbundesamt (UBA)	<p>UNIS-D wird einen übergreifenden Zugang zu prinzipiell allen Umwelt- und Naturschutzinformationen des Bundes, der Länder, der Kommunen und perspektivisch von Wissenschaft, Wirtschaft und Bürgern mit intelligenten Recherche- und Visualisierungstools bieten. Eine Machbarkeitsstudie (https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umwelt-</p>

Nr.	Titel	Wer	Was
			naturschutzinformationssystem-unis-d) wurde dem Vorhaben vorangestellt. Eine Konzeptstudie begleitet die Umsetzung.
10	Nationales Monitoringzentrum zur Biodiversität	BMU / Bundesamt für Naturschutz (BfN)	Das nationale Monitoringzentrum zur Biodiversität wird den Ausbau des bundesweiten Biodiversitätsmonitorings voranbringen und langfristig sichern, um die Datenbasis zum Zustand und zur Veränderung von Natur und Landschaft zu verbessern. In Deutschland gibt es bereits einige etablierte Monitoringprogramme, im Rahmen derer wertvolle Daten, u.a. zu bestimmten Artengruppen oder Lebensräumen, erhoben werden. Diese müssen zusammengeführt und durch weitere Monitoringprogramme ergänzt werden. Durch den Aufbau einer Informations- und Vernetzungsplattform (https://www.bmu.de/pressemitteilung/bundesregierung-beschliesst-einrichtung-des-nationalen-monitoringzentrums-zur-biodiversitaet/) und die Einrichtung eines Forums „Anwendung und Forschung im Dialog“ werden die vielfältigen Monitoring-Akteure eingebunden.
11	Spurenstoffzentrum des Bundes	UBA	Das Spurenstoffzentrum führt den Stakeholderdialog des Bundes zur Reduzierung von Spurenstoffeinträgen in die Gewässer fort. Damit sollen Maßnahmen erarbeitet werden, die auf breite Akzeptanz stoßen und somit auch schneller und effektiver in die Praxis umgesetzt werden können.
12	Runder Tisch Meeresmüll	UBA	Der Runde Tisch Meeresmüll operationalisiert die Maßnahmenvorschläge zur Reduktion von Meeresmüll, die für die nationale Umsetzung der EU Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie an die EU-Kommission gemeldet wurden. Etwa 150 Teilnehmende aus Behörden (Bund und Küstenländer sowie Kommunen), Wissenschaft, Industrie & Industrieverbänden, Handel, Abfall-, Recycling- & Abwasserwirtschaft, NGOs, Verbraucherschutz, Bildungseinrichtungen und Parteien beteiligen sich an der Operationalisierung o.g. Maßnahmenvorschläge. In zwei Arbeitsgruppen (Seebasierte Mülleinträge & landbasierte Einträge) werden gemeinsame Vorschläge und Leitfäden erarbeitet und publiziert, die sich an die politischen Entscheidungsträger in Bund, Küstenbundesländern und Küstenkommunen richten. Für den Zeitraum 2021 bis 2022 sind diverse Meilensteine geplant, u.a. zu Citizen Science als Informationsquelle zu Strandmüll (2022) und einer (Zwischen)Bilanz nach 6 Jahren Runder Tisch Meeresmüll mit Schirmherrschaften BMU,

Nr.	Titel	Wer	Was
			Umweltminister*in Niedersachsen, Präsident UBA und beteiligten Stakeholdern (2022).
13	Überregionale Infoveranstaltungen zu Elektromagnetischen Feldern, z.B. Onlinesprechstunden	BMU / Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) Kompetenzzentrum für Elektromagnetische Felder	<p>Diverse Infoveranstaltungen (Präsenz, auch überregional, und Online) für Bürger*innen zu Themen rund um Elektromagnetische Felder, insbesondere zu Stromnetzen und Mobilfunk/5G. Organisation durch KEMF oder durch andere (z.B. durch Bürgerdialog Stromnetz, Gigabitbüros des Bundes) unter Beteiligung von KEMF-Referent*innen.</p> <p>„Bürgermeistersprechstunde“ online: Angebot an kommunale Entscheidungsträger*innen für wissenschaftlich fundierte verständliche Informationen zum Themengebiet der elektromagnetischen Felder, dabei insbesondere zu kommunalen Themen wie Stromnetzen und Mobilfunk/5G.</p> <p>In der Sprechstunde gibt es einen grundlegenden Überblick (Stand der Forschung, Grenzwerte, Strahlenschutzkonzepte etc.) und die Möglichkeit für Nachfragen zu lokalspezifischen Sachlagen.</p>
14	BMU - Onlinebürgerbeteiligungsplattform	BMU	<p>Im Rahmen eines Forschungsprojektes soll eine BMU-eigene Bürgerbeteiligungsplattform geplant, entwickelt, umgesetzt und für den Projektzeitraum (von Januar 2021 bis Dezember 2022) getestet werden. Ziel des Vorhabens ist zu erforschen, ob und wie eine langfristige BMU-Bürgerbeteiligungsplattform umgesetzt werden kann. Die BMU-Bürgerbeteiligungsplattform soll dazu dienen, die Onlinebeteiligungen zu vereinheitlichen und somit zu standardisieren und den Einsatz zu erleichtern. Zudem soll eine bestehende Plattform (dialog.bmu.de) einen kurzfristigen Einsatz eines Onlineprojektes sicherstellen. Um den Einsatz der Plattform zu testen, sollen bei verschiedenen Onlinebeteiligungen unterschiedliche Module zum Einsatz kommen (Umfragen, Kommentierung, Ideensammlung, Textkonsultation/Textannotation). Es ist vorgesehen, dass insgesamt vier Onlinebeteiligungen im Projektzeitraum durchgeführt werden. Die Umsetzung, der Betrieb der Plattform und die Durchführung der vier Onlinebeteiligungen wird wissenschaftlich evaluiert. Die Evaluation wird im Rahmen eines Forschungsendberichtes veröffentlicht.</p>

Nr.	Titel	Wer	Was
15	Citizen Science Ansatz in der radiologischen Charakterisierung von Gebieten	BMU / BfS	Aufnahme und Evaluation von potentiell sinnvollen und signifikanten Messungen durch Privatpersonen (z.B. Geigerzähler) bei der radiologischen Charakterisierung von Gebieten.
16	Öffnung des Gemeinsamen Ministerialblatts	BMI	Im Sinne der Transparenz und des Ziels eines möglichst schrankenlosen Zugangs zum Recht des Bundes soll das Gemeinsame Ministerialblatt (GMBL), das amtliche Publikationsorgan der Bundesregierung, künftig möglichst allgemein und gebührenfrei digital zugänglich sein.
17	Verwaltungs- informationsplattform (VIP)	Statistisches Bundesamt (StBA) / BMI	<p>1. VIP als Baustein einer transparenten Verwaltung Die VIP bietet Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen Transparenz über die in der öffentlichen Verwaltung gehaltenen Daten. Die Katalogisierung der Verwaltungsdaten erhöht das Vertrauen in den sparsamen und sicheren Umgang mit persönlichen Daten durch die öffentliche Hand.</p> <p>2. VIP als Werkzeug einer effizienten und kooperativen Verwaltung Die VIP wird Teil der Kerninfrastruktur digitaler Verwaltung. Es wird ein systematisches und nachhaltiges Wissensmanagement aufgebaut, das in mehrerlei Hinsicht dazu beitragen kann, Verwaltungsprozesse zu optimieren. Als zentrales Nachschlagewerk hilft die VIP, Parallelstrukturen und doppelte Datenhaltung zu identifizieren – die Grundlage um Ineffizienzen systematisch abzubauen. Gesetzesinitiativen können mit VIP prüfen, ob bei neuen Datenbedarfen auf bereits vorliegende Datenbestände zurückgegriffen werden kann. Der Once-Only-Check mit VIP kann die bestehende Datenhaltung optimieren und neue Rechtssetzung effizienter gestalten.</p> <p>Neben Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen können weitere Zielgruppen die Wissenschaft (anonymisierte Verwaltungsdaten zu Analyse Zwecken) und die Verwaltung selbst sein. Deren Erwartungen sind Konsultationsinteresse.</p>
18	Open-Data-Konferenz	Kompetenz- zentrum Open Data (CCOD) / BMI	Durchführung einer zweiten Open-Data-Konferenz und Workshops mit Bund und Ländern zur Stärkung der koordinierten und standardisierten Bereitstellung von offenen Daten durch Bund, Länder und Kommunen.

Nr.	Titel	Wer	Was
19	Public Reporting der QS-Daten zu Reha-Einrichtungen	BMAS / Deutsche Rentenversicherung Bund	<p>Informationen der externen Qualitätssicherung zu Rehabilitationseinrichtungen sollen so zur Verfügung stehen, dass sie von Bürger*innen bestmöglich wahrgenommen und genutzt werden können.</p> <p>Public Reporting stellt hierzu alle relevanten Informationen leicht zugänglich und gut verständlich auf einer Online-Plattform zusammen. Auf diese Weise werden die Reha-Angebote für die Bürger*innen offen und transparent dargestellt, ihre Autonomie sowie die Ausübung des Wunsch- und Wahlrechts werden deutlich gestärkt. Durch das Angebot des Public Reporting können die Bürger*innen im Hinblick auf die Auswahl einer Reha-Einrichtung eine informierte Entscheidung treffen.</p> <p>Zum Aufbau des Public Reporting soll ab 2021 unter Nutzung der Methode eines Digitalen Transformationslabors in interdisziplinären Teams unter Beteiligung der Betroffenen eine Onlineplattform entwickelt werden, die sich durch nutzerfreundliche Darstellung und Funktionsweise auszeichnet und nahtlos in die anderen Portallösungen der DRV Bund einfügt werden kann.</p>
20	Plattform zur Vermittlung von Schlüssel- und Zukunftstechnologien im Bereich Digitalisierung mit Dual-Use Gedanken am Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr (DETEC.Bw).	BMVg, DETEC.Bw (UniBw München und UniBw Hamburg).	<p>Angesichts der weltpolitischen Situation wird das Thema Verteidigung in Deutschland bzw. die Rolle Deutschlands im Bereich Verteidigung in den nächsten Jahren intensiv diskutiert werden (müssen). Die Zivilgesellschaft hat derzeit wenige Plattformen, um sachlich über militärische und sicherheitspolitische Themen zu diskutieren.</p> <p>DETEC.Bw bietet eine solche Plattform (digital sowie an den Universitäten der Bundeswehr in München und Hamburg). DETEC.Bw möchte – gemeinsam mit dem BMVg und dem BMI – insbesondere den Dual-Use Gedanken von Schlüssel- und Zukunftstechnologien im Bereich Digitalisierung vermitteln sowie die Verankerung des nationalen Sicherheitsgedankens in der breiten Gesellschaft fördern.</p>
21	Digital Performance Contracting Competence Center am DETEC.Bw	BMVg, UniBw München, DETEC.Bw	<p>Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Schaffung von „Digital Twins“ für anreizorientierte Verträge und risikobasierte Steuerung komplexer Beschaffungsprojekte durch öffentliche Auftraggeber inklusive der Nutzung öffentlich zugänglicher Datenquellen (insbes. EU-TED-Datenbank sowie die neu eingerichtete deutsche Vergabestatistik) zur Schaffung von Transparenz im Vergabebereich. Es handelt sich um ein Forschungsprojekt.</p>

Nr.	Titel	Wer	Was
22	Praxis trifft Politik	BMEL	Schaffung einer Plattform, bei der Landwirte und Waldarbeiter/Forstwirte auf Politik treffen und zu Wort kommen. Bottom-up Lageeinschätzungen, Schilderung von Lebenswirklichkeiten, Bürokratieeinschätzung, Vorschläge für die Vitalisierung des ländlichen Raums.